

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Złoty. Betriebsstörungen begründen keine Anpruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einige älteste und gelesenste Zeitung
von Laurahütte-Siemianowiz
mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigenpreise: Die 8-gepflanzte mm-Bl. für Polnisch-Obersch. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gepflanzte mm-Bl. im Reklameteil für Poln.-Obersch. 10 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Betreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Fernsprecher Nr. 501

Nr. 70

Donnerstag, den 5. Mai 1932

50. Jahrgang

Bühlarbeit gegen Reichskanzler Brüning

Kamarilla beabsichtigt den Sturz des Kanzlers — Rücktritt des Ministers Warmbold — Übereinstimmung zwischen Brüning und Hindenburg

London. Eine Reihe von Londoner Morgenzeitungen, wie "Daily Herald" und "News Chronicle", bringen die von einer deutschen Korrespondenz verbreitete Meldung über eine Kamarilla, die den Sir Joseph Brünings beabsichtigte und deren Führer General von Schleicher und von Hammerstein seien, in großer Aufmachung. "Daily Herald" fügt hinzu, daß auch Staatssekretär Meissner der Kamarilla angehöre. Man hoffe, noch diese Woche den Rücktritt Brünings herbeizuführen, für den der Rücktritt des Wirtschaftsministers Professor Warmbold das Signal geben soll.

Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Warmbold

Berlin. Wie nun mehr feststeht, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten in seiner Unterredung am Dienstag mittag von dem Rücktrittsgeuch des Reichswirtschaftsministers Professor Warmbold Kenntnis gegeben. Nach Lage der Dinge dürfte sich an der Tatsache des Rück-

tritts nichts mehr ändern. Die Ernennung eines Nachfolgers für Professor Warmbold steht bevor. Gerüchte, wonach im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Reichswirtschaftsministers eine allgemeine Umbildung des Reichskabinetts erfolgen soll, werden an zuständiger Stelle dementiert.

Völlige Übereinstimmung zwischen Reichspräsident und Reichskanzler

Berlin. Zu dem heutigen Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten verlautet von unterrichteter Seite noch, daß hierbei eine eingehende Ausprache über die innerpolitischen Fragen und die bei den Kabinettssitzungen behandelten Gegebenheiten stattgefunden habe, die völlige Übereinstimmung zwischen Reichspräsident und Reichskanzler ergeben habe. Alle gegenteiligen Gerüchte seien unzutreffend.

Polen protestiert in London

Keine Besetzungsabsichten Polens gegenüber Danzig — Die Heze gegen Gravina
Rückwirkung in Italien und Moskau

Berlin. Der polnische Botschafter hat nach einer Meldung Berliner Blätter aus London am Montag im Foreign Office dagegen protestiert, daß „gewisse englische Blätter“ Teppchen veröffentlicht haben, in denen von polnischen Verkerstungen zur Besetzung der Stadt Danzig die Rede ist. Der Botschafter hat erklärt, daß diese Informationen jeder Grundlage entbehren.

Warschau. Der regierungstreue „Kurjer Czerwony“ legt zu der Meldung des „Daily Express“ über den angeblich geplanten polnischen Einfall nach Danzig, daß Gravina „diese Sensation“, wie dies deutlich aus der Meldung hervorgehe, selbst fabriziert habe und dafür die volle Verantwortung tragen müsse. Das Blatt fährt dann u. a. fort: „Es ist undenkbar, daß der Volkerbund und Polen einen Menschen auf so hohen Posten dulde, der ein kundliches Verständnis der Nationalsozialisten von der polnischen Gefahr mit der Würde seiner Stellung autorisiert und in das schmuglige Spiel seiner Person und seiner Regierung (!) das Gewicht des Volkerbundes hineinzieht. Für Polen hat Gravina als Volkerbundekommissar zu bestehen aufgehört. Es bleibt nur Gravina als deutscher Agent übrig.“

Die italienische Presse zu den Gerüchten

Rom. In großer Aufmachung verzeichnet die italienische Presse die Gerüchte über den geplanten polnischen Hardstreich auf Danzig und über den polnischen Pressefeldzug gegen Danzig und Gravina. Der „Lavoro fascista“ gibt ausführlich die Feststellungnahme der deutschen Presse zu diesen Vorgängen wieder und erklärt zum Schluß: „Ohne auf die unerhörte Scheide polnischen Zeitungen einzugehen, die die Grenze jeglicher Vorherrschaft übersteigt, stellen wir fest, daß die deutschen Zeitungen nicht vorlieben, die aggressive Haltung der Polen-Presse zu unterstreichen.“

Moskau beruhigt

Moskau. Die Meldung englischer Blätter über eine beabsichtigte Besetzung Danzigs durch die Polen hat in Moskau größtes Nuscheln erregt. In politischen Kreisen wird erklärt, die polnische Regierung würde, wenn sie einen solchen Schritt unternähme, die Lsg. in Osteuropa erheblich verschärfen. Die russische Außenpolitik lege Wert auf das Weiterbestehen Danzigs als Freistaat. Das Danziger Problem sei völlig anders, als die Wilna-Frage. Ein polnischer Streit gegen Danzig könne in Osteuropa unabsehbare Folgen hervorrufen.

Macdonalds zweite Augenoperation

London. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist Macdonalds Entschluß, sich einer zweiten Augenoperation am anderen Auge zu unterziehen, darauf zurückzuführen, daß er zur Zeit der Laiammer Konferenz unbedingt wieder im Vollbesitz seiner Gesundheit sein wollte. Eine Verzögerung der Operation hätte seine Teilnahme an der Konferenz möglicherweise in Frage gestellt.

Auflösung des österreichischen Nationalrates?

Wien. Die Parteien hielten am Dienstag Besprechungen über die am Mittwoch im Verfassungsausschuß zur Auflösung stehenden Frage der Auflösung des Nationalrates ab. Die Parteien haben noch nicht endgültige Beschlüsse gefaßt. Die Sozialdemokraten, die Großen Deutschen und der Heimatblock erklären, für die Auflösung stimmen zu wollen. Der Heimatblock hält es aber auch für denkbare, in einer anderen Form dem seit den Wahlen vom 24. April offensichtlich gewordenen Wunsch der Bevölkerung nach einem Rechtskurs Rechnung tragen zu können. Von Regierungsseite wird erklärt, daß die Regierung, falls die Auflösung beschlossen würde, zurücktreten würde. Am Abend halte es den Anschein, als ob den Parteien Bedenken wegen wirtschaftlicher Rückwirkungen eines Wahlkampfes und einer Regierungslücke gekommen sind. Die Regierung hat jedoch sehr nachdrücklich auf die Möglichkeit solcher Rückwirkungen aufmerksam gemacht. Bezeichnend ist es jedenfalls, daß ein Antrag der Sozialdemokraten, für Freitag eine Vollziehung des Nationalrates einzuberufen, um über die Anfrage des Verfassungsausschusses hinsichtlich der Auflösung zu entscheiden, nicht angenommen wurde. Die nächste Sitzung der Vollversammlung findet erst am 10. Mai statt.

Wirkung des österreichischen Zolltariffs auf den Export

Wien. Aus Wirtschaftskreisen kommen Nachrichten über die letzte Verfügung Österreichs, wonach unter den Waren, deren Einfuhr von der Erlaubnis der österreichischen Behörden abhängig ist, als Polen betreffende Waren angeführt werden: Kalber, Schweine, Geflügel, Schmalz, Schweinepeck, Gänsefett, frisches Fleisch, Würste, Fleisch- und Korbwaren, Gaströsen, Bratwurst usw.

Bei großer Bedeutung für den polnischen Export ist der Kommentar zur Verordnung über den Zolltarif für Waren, die unter diese Positionen fallen, besonders für Schweine von 40 bis 150 Kilogramm und darüber, frisches Fleisch, also auch geschlachtete Schweine und Kalber, braucht man keine besondere Erlaubnis, sofern die Transporte den Bestimmungen über den Viehtransport entsprechen. Daraus folgt, daß hauptsächlich Waren des ersten Bedarfs von 40 Kilogramm aufwärts der neuen Warenreglementierung nicht unterliegen.

Wien. Die Presse kritisiert die Verordnungen zur Einschränkung der Einfuhr sehr heftig. Die Ansicht herrscht vor, daß dadurch die Passivität der Bilanz nicht beheben werde, dafür aber die österreichische Ausfuhr eine Katastrophe erleide. Die Ausführungsbestimmungen zu dem Einschränkungsgesetz sind noch nicht erschienen. Die Beschränkungen sollen, wie es heißt, nur vorübergehend sein. Sie hören auf, wenn mit den einzelnen Staaten Handelsverträge abgeschlossen werden, die den herrschenden Bedingungen entsprechen.

Stappellauf

Gdingen. Am Sonnabend wurde auf der Werft in Gdingen das Schiff „Lwow“, der polnisch-britischen Schiffsgeellschaft vom Stapel gelassen. Traupatin war Frau Lisperer, die Gemahlin des polnischen Gesandten in Kopenhagen. Dem Alt wohnten Vertreter der polnischen Gesandtschaft und der dänischen und polnischen Behörden bei.



Polizei gegen Streikende in Amerika

Bei einem Bergarbeiterstreik im Kohlenrevier von Cadiz im nordamerikanischen Staat Ohio kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei. Zur Unterstützung der staatlichen Organe wurde Militärverstärkung herbeigezogen, die dann die Ruhe wiederherstellte.

